



Deutschlands Niedergang und Europas Bruchpunkt | Prof. Richard Wolff

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Wir haben kürzlich unsere Crowdfunding-Kampagne gestartet, damit wir unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus auch im Jahr 2026 fortsetzen können. Unterstützen Sie uns noch heute:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Zain Raza (ZR): Vielen Dank, dass Sie eingeschaltet haben. Ich bin Ihr Moderator Zain Raza. Bevor wir mit diesem Video beginnen, möchte ich Ihnen das vierte Update zum Fortschritt unserer Crowdfunding-Kampagne präsentieren. Zunächst einmal zum Hintergrund: In der letztjährigen Kampagne konnten wir dank 2.200 Spendern 62.000 Euro sammeln. In der diesjährigen Kampagne haben wir uns aufgrund des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds und gestiegener Kosten das Ziel gesetzt, 80.000 Euro zu erreichen.

Sollten wir dieses Ziel nicht erreichen, bleibt uns keine andere Wahl, als unsere Kapazitäten drastisch zu reduzieren oder im schlimmsten Fall sogar unseren YouTube-Kanal zu beenden. Kommen wir nun zum aktuellen Stand. Bis zum 2. Januar 2026 haben wir dank 1.200 Spendern 46.000 Euro gesammelt. Im Vergleich zum Vorjahr haben wir zu diesem Zeitpunkt 42.000 Euro gesammelt. Es bleiben nur noch 10 Tage, und mit dem bisher gesammelten Betrag können wir bis Juli oder August nächsten Jahres weiterarbeiten. Wenn wir jedoch unser Ziel erreichen, können wir bis zur Crowdfunding-Kampagne im nächsten Jahr durchhalten. Ich möchte mich ganz herzlich bei allen bedanken, die bisher für unsere Kampagne gespendet haben.

Gleichzeitig ist es jedoch wichtig, die Zahl von 1.200 Spendern im Kontext zu betrachten, denn das sind weniger als die am wenigsten angesehenen Videos auf unserem Kanal. Unser Kanal wurde allein im Dezember 240.000 Mal angesehen und hat über 165.000 Abonnenten. Wenn Sie bisher noch nicht gespendet haben und unsere Videos ansehen, würden wir uns freuen, wenn Sie dies jetzt tun würden, seien es auch nur 1 bis 5 Euro, oder indem Sie einfach den Link zu unserer Crowdfunding-Kampagne in Ihrem Bekanntenkreis teilen. Es bleiben nur noch 10 Tage, und die Aktionen jedes Einzelnen von Ihnen zählen und entscheiden darüber, ob wir in den kommenden Monaten weiter senden können. Auf dem Bildschirm sehen Sie jetzt einen PayPal-QR-Code. Wenn Sie auf Pause klicken und ihn mit der Kamera Ihres Handys scannen, können Sie sofort und ohne Umstände spenden. Weitere Informationen zu unserer Crowdfunding-Kampagne, unserer bisherigen Arbeit, den Herausforderungen und Kosten, denen wir in diesem Jahr gegenüberstehen, und wie Sie sich beteiligen können, finden Sie unter dem Link in der Beschreibung dieses Videos. Ich danke Ihnen für Ihre Liebe, Großzügigkeit und Unterstützung.

Heute spreche ich mit dem Ökonomen Richard Wolff, der eine wirtschaftliche Einschätzung zu einer Reihe von Themen abgeben wird, von der Weltwirtschaft mit Schwerpunkt auf Deutschland bis hin zum Krieg in der Ukraine und seinen wirtschaftlichen Auswirkungen. Richard Wolff ist Bestsellerautor, Gründer von Democracy At Work und emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Massachusetts Amherst. Richard, willkommen zurück.

Richard Wolff (RW): Ich freue mich sehr, hier zu sein, Zain.

ZR: Beginnen wir mit der deutschen Wirtschaft, die eine sehr schwierige Phase durchläuft. Nach einem Rückgang in den vergangenen Jahren blieb die Wirtschaftsleistung im Jahr 2025 schwach und stagnierte praktisch. Für 2026 erwarten die meisten Prognosen nur ein Wachstum von etwa 1 %, was weit unter dem liegt, was nötig wäre, um die Verluste der letzten Jahre auszugleichen. In dieser Zeit hat Deutschland erhebliche Arbeitsplatzverluste verzeichnet, insbesondere in der Fertigungsindustrie und in energieintensiven Branchen. Fast täglich berichten die Medien über Unternehmen, die unter dem gleichen Vorwand, nämlich um auch in Zukunft schlank und wettbewerbsfähig zu bleiben, Mitarbeiter entlassen. Andrea Nahles, Leiterin der Bundesagentur für Arbeit, warnte kürzlich, dass die Dynamik bei der Arbeitssuche auf einem historischen Tiefstand sei, und wies auf eine wachsende Belastung unter der Oberfläche des Arbeitsmarktes hin.

Politisch gesehen verändert dieser wirtschaftliche Druck die Debatten in Berlin. Führende Politiker der CDU haben öffentlich angedeutet, dass Deutschland angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Herausforderungen möglicherweise seine Koalitionsvereinbarung mit der SPD überdenken muss. Als Reaktion darauf verfolgt die Regierung eine Mischung aus verschiedenen Maßnahmen: Bürokratieabbau, Subventionierung wichtiger Industriezweige, Debatten über Kürzungen bei den Sozialausgaben wie im Gesundheitswesen, Reform des Renten- und Arbeitslosensystems sowie die Einführung eines umfangreichen Infrastruktur- und Militärinvestitionsprogramms, das das Wachstum wieder ankurbeln soll. Richard, könnten Sie zunächst das deutsche Wirtschaftsmodell erklären, welches historisch gesehen das Wachstum vorangetrieben hat? Wird dieser aktuelle Maßnahmenmix wirklich in der Lage sein, das Problem zu beheben und Deutschland wieder auf einen erfolgreichen wirtschaftlichen Kurs zu bringen, wie Friedrich Merz uns täglich versichert?

RW: Die kurze Antwort auf Ihre Frage lautet: Herr Merz erzählt Ihnen Unsinn. Er ersetzt politische Maßnahmen durch politisches Theater und Versprechungen für eine großartige Zukunft – ähnlich wie die mittelalterliche Botschaft an die guten Christen: „Nehmt an, was Gott euch im Leben gibt, denn in Zukunft wird es viel besser werden. Quasi: Schon bald nach eurem Tod wird alles viel, viel besser werden.“ Meiner Meinung nach ist das deutsche Volk diesem Theater überdrüssig geworden, sodass es heute nicht mehr so gut funktioniert wie früher. Lassen Sie mich so präzise wie möglich werden. Das Wirtschaftswunder, mit dem ich als jemand mit deutschen Wurzeln aufgewachsen bin – und das ich daher immer aufmerksam verfolgt habe –, basierte auf dem Boom nach dem Zweiten Weltkrieg. Es basierte damals auf billigem russischem Öl und Gas, wie wir alle wissen oder wissen sollten, und es basierte auf der unglaublichen Industrialisierung Chinas, das deutsche Investitionsgüter in großen Mengen kaufte. All diese Voraussetzungen für den deutschen Wohlstand sind durch die Entscheidung der Deutschen, ebenso wie von allen anderen, sich selbst von Öl und Gas abzuschneiden, vorbei. Russland hätte weiterhin Öl und Gas zu niedrigen Preisen verkaufen können und hätte dies auch getan. Und woher wissen wir das? Weil sie dies seit vielen Jahren tun. Und es gab keinen Grund dafür. Selbst mit dem Krieg in der Ukraine gab es keinen Grund für die Russen, damit aufzuhören, und daher auch keinen Grund für die Deutschen, darauf zu verzichten.

Aber die billige Energie ist weg. Chinas Industrialisierung ist so erfolgreich – und übrigens, damit möchte ich China nicht gutheißen oder so etwas. Ich bin nur ein Ökonom, der die Realität betrachtet. China produziert jetzt selbst, was es früher aus Deutschland gekauft hat, und das wird sich nicht ändern. Die gesamte Beziehung ist anders, weil China die Deutschen aus dem Markt gedrängt hat, genauso wie es die Amerikaner aus dem Markt gedrängt hat. Ich meine, wie wir heute Morgen besprochen haben, ich schaue mir derzeit die Statistiken an, laut denen das chinesische Unternehmen BYD, das Elektrofahrzeuge herstellt, gerade in diesem Jahr, 2025, Tesla überholt hat. Das ist ein wunderbares Beispiel für den Wandel der Lage, wenn man so will. Deutschland steht vor einer gewaltigen Transformation.

Aber es gibt noch mehr. Die gesamte Strategie Deutschlands, politisch, ideologisch – und Sie und Ihr Publikum wissen das besser als ich – war den Vereinigten Staaten untergeordnet.

Deutschland stand im Kalten Krieg an vorderster Front gegenüber der Sowjetunion – wir haben Deutschland wieder aufgerüstet, wir haben Deutschland in jeder Hinsicht wieder zugelassen, nicht um den Deutschen ihre eigenen Errungenschaften zu nehmen, aber sie haben diese unter diesem Schutz erreicht. Und die Vereinigten Staaten, das muss man verstehen, können sich diesen Schutzschirm nicht mehr leisten. Sie wollen ihn auch nicht mehr. Sie sehen, dass diese Beziehung Kosten verursacht, die es vorher nicht gab, und dass sie weniger Vorteile bringt als früher.

Die Ironie dabei ist, dass der Kalte Krieg für die Vereinigten Staaten bereits Ende des letzten Jahrhunderts zu Ende gegangen ist. Er lebt nur noch in Europa weiter, was, wenn man darüber nachdenkt, verrückt ist. Es ist wie in dem Disney-Zeichentrickfilm, in dem der Fuchs am Rand einer Klippe entlang rennt und rennt und rennt und nicht merkt, dass er das Ende der Klippe überschritten hat. Bis er ein paar Minuten später nach unten schaut und den Abgrund sieht, und dann ist es vorbei.

Europa treibt den antisowjetischen, antirussischen Wahnsinn weiter, obwohl es ihn gar nicht mehr gibt. Die amerikanische Politik wurde übrigens in einem Dokument deutlich gemacht, das die Europäer hoffentlich lesen, das am 4. Dezember, also vor weniger als einem Monat, veröffentlicht wurde – eine Strategiebewertung. Das Dokument ist im Internet zu finden. Dort wird es erklärt. Sie wollen stabile Beziehungen zu Russland und China. Sie wollen sie nicht besiegen. Sie sagen kein Wort darüber, dass sie sich Sorgen darüber machen, dass Russland oder China territoriale Ambitionen haben, über die sie sich Gedanken machen müssten.

Die Realität ist also, dass sie das ernst nehmen, und das weiß ich aus meinen eigenen Kontakten mit ihnen. Sie ändern ihre Strategie. Und in dieser Strategie – und ich kann Ihnen das nicht auf nette Weise sagen – spielt Europa keine Rolle. Europa ist nicht mal ein Akteur. Europa ist nicht Teil der technologischen Durchbrüche. Damit meine ich den Unterschied zwischen dem, was hier in den wenigen Bereichen geschieht, in denen die Vereinigten Staaten noch wettbewerbsfähig sind – Silicon Valley, Computer, all das, KI. Aber der Wettlauf findet hier mit China statt. Europa ist eine Fußnote. Europa hat nicht die Unternehmen, nicht die Budgets, nicht das Engagement und nicht die Massenunterstützung, um so etwas wie Wettbewerb zu betreiben.

Wenn man mir also sagt, dass die Deutschen eine neue Strategie haben werden – wozu? Man wird in Sachen militärischer Ausrüstung weder den Westen noch China einholen können. Man gibt nicht genug Geld aus. In Deutschland mag es sich nach viel anhören, 800 Milliarden Dollar in den nächsten zehn Jahren. Aber die Vereinigten Staaten geben jedes Jahr mehr aus. Und China und Russland sind die Konkurrenten. Entweder werden Sie zweitklassige militärische Ausrüstung produzieren, oder Ihr Militär wird Ihrer Regierung sagen, dass Sie amerikanische oder chinesische Waren kaufen müssen, weil alle anderen das tun und Sie sonst zurückbleiben werden.

Wenn man all dies zusammennimmt und dann noch die Schwierigkeiten hinzufügt, die Deutschland hat, weil es vom Verkauf an den Rest Europas abhängig war und der Rest Europas sich das nicht mehr leisten kann, dann sieht man eine sehr, sehr, sehr ernste Krise für

Europa, wie ich sie mir nur vorstellen kann. Und in der allgemeinen Mentalität der Vereinigten Staaten verschwindet Europa. Das ist sehr wichtig. Wir sind nicht mehr ihr großer Verbündeter, sondern ein Museum, ein Ort, den man als Tourist besucht. Man schaut sich die Schlösser der Loire an, übernachtet dort und isst Leberknödel oder so etwas, aber es ist nicht mehr die Wirtschaftsmacht, es ist nicht mehr die Produktion – es gibt kein Wirtschaftswunder mehr. Es ist Wirtschaftszerstörung. Es ist vorbei, und man beobachtet den Niedergang des gesamten europäischen kapitalistischen Kolonialprojekts.

Lassen Sie mich mit einer Ironie abschließen, die man verstehen muss. Die Leistung Europas bestand in gewisser Weise darin, den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus zu vollziehen, der in England begann, sich auf das europäische Festland ausbreitete und schließlich durch die Schrecken des Kolonialismus – wie Marx in seinem Buch sagte – zum ersten Mal eine Weltwirtschaft schuf. Und jetzt haben sie diese Weltwirtschaft weiterentwickelt. So dass Kapitalisten überall, wie in Deutschland, für ihre Produktion, für ihre Energie, für ihre Rohstoffe, für ihre Märkte in der ganzen Welt auf Inputs angewiesen sind. Also versuchen Deutschland, Frankreich und England, im Rahmen des Ukraine-Krieges 300 Milliarden Dollar russisches Geld zu stehlen. Und die Russen, die sich über diese Ironie freuen, sagen zu den Europäern: Wenn ihr unser Geld nehmt, werden wir in jedem Land der Welt vor Gericht gehen. Und wir werden euch verklagen, und wir werden unser Geld zurückbekommen, wir werden viele dieser Fälle gewinnen. Wisst ihr warum? Weil das unsere Verbündeten sind. Das sind China, Russland, die BRICS-Staaten und viele andere. Und so werden wir dafür sorgen, dass jeder, der euch Geld leiht, um der Ukraine zu helfen, keine Sicherheiten bekommt, da wir alle wissen, dass die Ukraine es nicht zurückzahlen kann. Und weil es keine Sicherheiten gibt, wird es auch keine Kreditgeber geben. Und die Deutschen und die Franzosen – das ist erst vor ein paar Wochen passiert, es ist vorbei. Ende der Geschichte. Es wird keine Beschlagnahmung geben, gar nichts. Diese Art von Niederlagen sind eine Art Schlussakkord der Symphonie kurz vor dem Zusammenbruch, wenn alles endet. Für jemanden wie mich ist das erstaunlich. Meine Mutter ist in Berlin geboren, mein Vater in Metz, ich bin halb Europäischer Mensch, aber ich sehe das alles, ich beobachte alles, und es macht mich traurig, wenn ich sehe, wie alles, was europäisch war, jetzt im Wandel begriffen ist.

Und falls sich jemand fragt: Es geht hier nicht nur um Donald Trump. Das wäre eine schreckliche Fehleinschätzung. Trump darf sein Amt ausüben, weil die Kapitalistenklasse, die führenden Bankiers, die führenden Hersteller und vor allem die führenden milliardenschweren Tech-Mogule wie Elon Musk bereit sind, den Weg zu gehen, den Trump der ganzen Welt vorgibt. Sie sind sich nicht sicher, ob das funktionieren wird. Sie sind besorgt. Aber sie haben ihre Entscheidung getroffen, und die Vorstellung, dass nach Trumps Tod oder seinem Ausscheiden aus dem Amt all dies rückgängig gemacht wird – das ist möglich –, aber ich wäre sehr, sehr vorsichtig damit, darauf zu wetten, dass das passieren wird.

ZR: Richard, ich möchte mich nun auf ein bestimmtes Thema innerhalb dieses gesamten Systems konzentrieren – das deutsche Rentensystem. Deutschland stützt sich auf ein

Umlageverfahren, was bedeutet, dass die heutigen Arbeitnehmer die heutigen Rentner finanzieren. In der Debatte in den deutschen Leitmedien wird oft argumentiert, dass die Bevölkerung rapide altert und dieser demografische Wandel das Rentensystem zunehmend finanziell belastet, dass dieser Trend nicht nachhaltig ist und im schlimmsten Fall zum Zusammenbruch des Systems führen wird. Als Reaktion darauf verabschiedete die Bundesregierung im Dezember 2025 ein Rentenreformpaket, das am 1. Januar 2026 in Kraft trat. Die Reform stabilisiert das gesetzliche Rentenniveau bis 2031 bei etwa 48 % des Durchschnittslohns, erweitert die Mütterrente und führt eine Aktivrente ein, die es Rentnern ermöglicht, nach ihrer Pensionierung mit steuerlichen Anreizen weiterzuarbeiten. Dennoch halten viele jüngere Politiker und große Teile der Öffentlichkeit diese Reform für unzureichend und generationsübergreifend ungerecht. Richard, diese drohende Rentenkrise ist kein Einzelfall in Deutschland. Sie spiegelt eine größere Herausforderung wider, mit der ein Großteil der westlichen Welt konfrontiert ist, da die Babyboomer-Generation in den Ruhestand geht. Glaubst du, dass Deutschland mit den richtigen politischen Maßnahmen reagiert, oder siehst du alternative Ansätze, die generationsübergreifend fairer und langfristig nachhaltiger wären?

RW: Ja, zunächst einmal ist es wahr, dass genau dasselbe Problem auch Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten beschäftigt. Es gibt also nichts Einzigartiges daran. Dafür gibt es mehrere Gründe, aber ein entscheidender Grund ist, dass junge Menschen und insbesondere Frauen immer mehr streiken. Im modernen Kapitalismus ist es für sie unmöglich, ein angemessenes Leben, einen Job und Kinder zu haben, wenn sie für diese Kinder in der Weise verantwortlich sein sollen, wie es von ihnen erwartet wird. Und so taten die Frauen das, was nicht so überraschend ist. Sie traten in den Streik. Keine Babys mehr. Und so sieht man überall auf der Welt – die einzige Ausnahme ist Afrika –, aber überall sonst auf der Welt sinken die Geburtenraten rapide. Dieses Problem, dass es zu wenige junge Menschen gibt, um die Alten zu versorgen, wird sich also überall verschärfen.

Nun kann man darauf reagieren, indem man kleine Anpassungen vornimmt. Das ist es, was dieses Programm in Deutschland ist. Das ist es, was Herr Macron in Frankreich versucht hat, als er das Rentenalter angehoben hat. Und genau das Gleiche tun wir hier in den Vereinigten Staaten. Das Problem dabei ist: Man kann das nicht mit einem Umlagesystem aufrechterhalten. Das war von Anfang an keine gute Idee. Es war ein politischer Kompromiss zwischen den Sozialisten, die sich für Renten einsetzten, und den Antisozialisten, die niemandem eine Rente gewähren wollten. In Ordnung, das war der Kompromiss. Dieser Kompromiss funktioniert nicht mehr. Man muss sich entscheiden. Entweder man gewährt den Arbeitnehmern eine Rente, eine Art Lebensunterhalt nach einem Leben voller Arbeit in angemessener Weise, oder man tut es nicht.

Das war schon immer das Problem, und der Kompromiss ist nicht mehr tragbar, weil derselbe Kapitalismus, der den Kompromiss genutzt hat, um in den letzten 50 Jahren viel Geld zu verdienen, Bedingungen geschaffen hat, die Frauen aus dem Arbeitsleben verdrängt haben – und das ist kein Argument für oder gegen den Feminismus. Die Frauen waren zu Hause, sie arbeiteten zu Hause und kümmerten sich in unverhältnismäßiger Weise um die Familie. Die

Männer taten das nicht. Mein Vater, der in Deutschland aufgewachsen ist, kam nie auf die Idee, Hausarbeit zu machen. Das war die Aufgabe meiner Mutter. Nun, man kann nicht erwarten, dass Frauen in den Arbeitsmarkt eintreten, zur Schule gehen, studieren, einen guten Job bekommen und dann den ganzen Prozess unterbrechen, um eine Familie zu gründen, sich um die Kinder zu kümmern und damit ihre Aufstiegschancen im Beruf zu verlieren. Das ist unmöglich. Das geht nicht. Und die Frauen hatten schließlich die Nase voll. Ich bin mir nicht sicher, ob sich die Menschen dessen bewusst sind. Frauen nehmen viel mehr Psychopharmaka ein als Männer. Warum? Weil sie unter einem absurden Druck stehen, dem Männer nicht ausgesetzt sind. Männer haben ihre eigenen Probleme. Ich behaupte nicht, dass sie keine Schwierigkeiten haben und nicht ausgebeutet werden. Das werden sie. Aber Frauen hatten noch etwas zusätzlich – und sie haben darauf reagiert, indem sie zu Drogen gegriffen haben, zumindest hier in den Vereinigten Staaten, wo es außer Kontrolle geraten ist. Und indem sie sich weigern, Kinder zu bekommen, und indem sie eine völlig andere Einstellung zum Haushalt, zum Sex, zu all dem haben.

Das sind grundlegende gesellschaftliche Veränderungen. Man kann sie nicht durch eine geringfügige Anpassung der aktiven gegenüber der nicht aktiven Rente lösen. Hören Sie auf. Es ist klar, was das System will. Es will, dass die Menschen mehr Stunden arbeiten. Es will ihnen keine Rente geben. Es will dieses Altersproblem aufgreifen und es so behandeln, als wäre es ein Problem der Natur, der Altersverteilung, und sich hinter dieser Art von Sprache verstecken, um es zu einem natürlichen Problem zu machen, das wir lösen müssen. Nein, es ist kein natürliches Problem. Es ist ein soziales Problem. Und wenn man eine Garantie für die Renten der Menschen mit einer wirklich angemessenen Reform verbindet, in der man staatlich subventionierte Kinderbetreuung anbietet, die hochwertig, sehr sicher und gut entwickelt ist... Hier in den Vereinigten Staaten zum Beispiel ist der Durchschnittslohn einer Kinderbetreuerin niedriger als der Durchschnittslohn einer Person, die Ihr Auto auf einem Parkplatz parkt. Das zeigt einem, wo die Prioritäten der Gesellschaft liegen.

Wenn man etwas ändern und dieses Problem angehen will, muss man seine Gesellschaft transformieren und nicht an der Formel herumfummeln, wie es in all diesen Ländern geschieht, denn das sind feige Politiker. Mein Gott, selbst hier mit Herrn Trump, der unfassbar ist, sieht man sich Starmer und Merz und Macron an, und das ist eine einzige Clownshow. Diese Leute gehören in einen Zirkus. Es gibt kein Verständnis für die Bedeutung zwischen der Hysterie um Russland und dem Herumspielen mit diesen Einzelheiten, wenn das eigene Haus in Flammen steht. Die Unzulänglichkeit Ihrer politischen Führung in diesem Land ist erschütternd, auch wegen der Tatsache, dass wir hier in den Vereinigten Staaten mit einer noch inkompetenteren Situation unter unseren Führern konfrontiert sind.

ZR: Es gibt diese Wahrnehmung, dass mit dieser Rentendebatte ein Klassenkampf zwischen der ehemaligen Arbeiterklasse und der aktuellen Arbeiterklasse, den jüngeren Menschen, geschürt wird. Glauben Sie, dass es überhaupt ein alternatives Rentenmodell gibt, das beispielsweise Menschen berücksichtigt, die viel mehr verdienen, oder ist das Rentensystem dazu verdammt, diesen Klassenkampf weiterzuführen?

RW: Nun, wenn man die Bedingungen der Debatte nicht ändert, dann ja, die einzige

vernünftige Erwartung für die Arbeiterklasse ist, dass die herrschende Klasse alles in ihrer Macht Stehende tun wird, um nicht für ein angemessenes Rentensystem aufkommen zu müssen. Das ist ihre Position seit – ich versuche mich zu erinnern – Bismarck, dem das erste allgemeine Sozialprogramm zugeschrieben wird. In den 1870er Jahren hat Bismarck damit begonnen. Nun, seit dieser Zeit, seit 150 Jahren, sagt die herrschende Klasse: „Wir wollen keine Renten zahlen. Und wir werden alles tun, was wir können, einschließlich eines Umlagesystems.“ Schluss damit. Eine Rente ist entweder Teil Ihrer Gesellschaft und damit genauso grundlegend wie Straßen, Schulen und Krankenhäuser, oder sie ist es nicht. Das Umlageverfahren ist tot. Es funktionierte als Mittel, um die Arbeiterklasse zu täuschen, als die Alten noch einen geringen Anteil ausmachten. Jetzt ist das nicht mehr der Fall. Sie müssen es tun. Und wenn Sie es nicht tun, werden sie das Altersargument verwenden, sie werden erklären, dass sie sich wirklich schrecklich fühlen, dass sie Ihnen gerne die gleiche Rente zahlen würden, die Sie zuvor hatten, aber weil es nicht genug junge Menschen gibt – oder sie können zu den jungen Menschen gehen und sagen: Wir werden darüber ein Referendum abhalten. Entweder kümmern wir uns um die alten Menschen, in diesem Fall ziehen wir etwas von Ihrem Gehalt ab, oder wir verlangen nicht, dass Sie mehr bezahlen, sondern kürzen die Leistungen für die alten Menschen. Das ist ganz einfach. Es wird einen faschistischen Politiker nach dem anderen geben, der gerne als Sprachrohr für diese Mentalität dient. Man kann damit seine Anti-Einwanderer-Politik vorantreiben. Man kann die Regeln ändern. Nur Einwanderer, die dieses Alter haben und diese Qualifikationen mitbringen, dürfen einreisen, und sobald sie ein anderes Alter erreichen, wirft man sie raus, damit man ihnen keine Rente zahlen muss. Ich habe das alles schon gesehen, es steht alles in den Geschichtsbüchern. Die Frage ist, ob die Arbeiterklasse eine Rente bekommt oder nicht. Und wenn ja, dann sollte man nicht einen Teil der Arbeiterklasse gegen einen anderen ausspielen. Und ich sage Ihnen, wohin das führt. Es bedeutet, dass die Regierung, wenn sie die Rente verwalten will, Konzerne und Reiche besteuern muss, um dies zu erreichen. Und die Konzerne wissen das, und die Reichen wissen das, und sie arbeiten gerade in diesem Moment daran, dass die Diskussion nicht in die Richtung geht, die ich gerade beschrieben habe, denn das ist ihre einzige Hoffnung.

ZR: Ich möchte zu einem anderen Aspekt der Wirtschaft kommen, dem Aktienmarkt. Einerseits hatte der DAX, Deutschlands wichtigster Aktienindex, eines seiner stärksten Jahre seit 2019 und erreichte kürzlich rund 24.500 Punkte, nahe dem Rekordhoch, obwohl die Binnenwirtschaft weiter schwächelt. Ich habe kürzlich einen Bericht in der Tagesschau gesehen, Deutschlands meistgesehener Abendnachrichtensendung. In diesem Bericht, der am 30. Dezember ausgestrahlt wurde, erklärte ein Analyst, dass diese Diskrepanz besteht, weil große Unternehmen einen erheblichen Teil ihrer Gewinne im Ausland erzielen und daher weniger von den wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland abhängig sind. Der Beitrag wies auch auf den Optimismus der Anleger in Bezug auf künstliche Intelligenz sowie auf die Erwartungen hinsichtlich hoher staatlicher Ausgaben für Infrastruktur und Militär als wichtige Triebkräfte für den Börsenboom hin. Richard, wie erklären Sie diese Diskrepanz zwischen einem boomenden Aktienmarkt einerseits und einer stagnierenden Wirtschaft mit steigender Arbeitsplatzunsicherheit andererseits? Und wie passt die Ungleichheit in dieses Bild?

RW: Nun, die zentrale Erklärung ist die Ungleichheit. Die Realität ist, dass sich das Geld in der deutschen Kultur ebenso wie in der französischen und in den Vereinigten Staaten an der Spitze konzentriert. Immer mehr des Reichtums der Länder konzentriert sich auf die obersten fünf oder zehn Prozent der Bevölkerung. Und wenn diese fünf und zehn Prozent nicht direkt oder indirekt in die zugrunde liegende Wirtschaft investieren können, suchen sie sich andere Möglichkeiten. Und wo sie eine Möglichkeit gefunden haben, Geld zu verdienen, ist der Aktienmarkt. Stellen Sie sich das so vor, dass eine Flut von Geld von außen nach Deutschland kommt. Es gibt immer noch seine Auslandsaktivitäten, aus Staatsausgaben und Defizitausgaben und aus den Aktivitäten von Menschen, die weltweit nach Gewinnen an der Börse suchen, weil die Börsen immer mehr zu einem Spielplatz füreinander werden.

Die Antwort lautet also, dass dieses Geld nicht in die Produktion fließt. Deshalb gibt es in Deutschland keine Arbeitsplätze. Es gibt keine Arbeitsplätze in der Fertigung. Wir haben sie hier auch nicht. Die Chinesen haben uns alles weggenommen. Ich übertreibe, aber nicht viel. Wohin fließt das Geld also? Es fließt in den Aktienmarkt. Das ist eine Art wildes Casino. Es fließt dorthin, weil man weiß, dass andere wie man selbst auch dorthin gehen. Sie kaufen sich gegenseitig ihre Aktien ab. Und jeder zahlt ein bisschen mehr. Warum? Wegen der zugrunde liegenden Wirtschaft? Nein, das interessiert sie nicht. Ihr Interesse besteht darin, das Geld zu investieren, weil sie es innerhalb von sechs Monaten wieder herausholen und einen Kapitalgewinn erzielen können. Warum? Weil jemand anderes, genau wie sie, eine amerikanische oder französische Investmentgesellschaft oder übrigens auch chinesische, indische und andere, damit beschäftigt ist, Geld zu verdienen. Der Aktienmarkt ist ein Bereich, in dem man als Westler Geld verdienen kann. Wo sonst soll man sein Geld anlegen? Nun, die Antwort lautet, man könnte es in China anlegen, und das geschieht auch. Die Chinesen haben nicht die Probleme, die wir haben. Trotz der zunehmenden Spannungen fließt weiterhin Kapital nach China.

Aber ich denke, die grundlegende Antwort auf Ihre Frage lautet: Je mehr Ungleichheit Sie zulassen, desto mehr konzentriert sich das Geld in den Händen einer kleinen Gruppe, und diese Gruppe wird sich dem Aktienmarkt zuwenden, weil sie in dieser Zeit eher durch Spekulationen an der Börse Geld verdienen kann als durch irgendetwas anderes. Und das gilt für Europäer mehr als für alle anderen. Das ist die Ironie. Zurückgelassen zu werden bedeutet, dass man nicht einmal die tatsächlichen Investitionen hat, die realen Investitionen, die sie in Asien mehr als anderswo, aber auch in anderen Teilen der Welt haben. Aber hier in den Vereinigten Staaten haben wir das gleiche Problem. Wir haben einen boomenden Aktienmarkt und eine sich verschlechternde Massenvirtschaft. Und Herr Trump springt in diesem Widerspruch hin und her und macht sich nicht besonders gut, weil er den Milliardären sagen muss, dass er den Aktienmarkt garantieren wird, während er der breiten Masse der Bevölkerung sagt, dass sich die Wirtschaft verbessert, was für sie jedoch nicht der Fall ist. Er weiß also nicht, wie er diese Botschaft kontrollieren soll, und das kostet ihn viel Unterstützung. Ich glaube nicht, dass ich jetzt übertreibe. Wenn die Wahl heute stattfinden würde, würde er verlieren. Er hat nicht die Unterstützung. Und ich sage das, nachdem New York City gerade den ersten sozialistischen muslimischen Bürgermeister seiner Geschichte ins Amt eingeführt hat. Und die Menschen sind wirklich begeistert davon.

ZR: Ich möchte mich nun der Ukraine und der damit verbundenen wirtschaftlichen Entwicklung zuwenden. Sie haben bereits erwähnt, um welchen Teil es sich handelt, aber ich werde es zur Zusammenfassung wiederholen, die ich unseren Zuschauern für die allgemeine Frage am Ende geben möchte. In den letzten Monaten gab es in Europa intensive Debatten über rund 210 Milliarden Euro an Vermögenswerten der russischen Zentralbank, die nach der Invasion eingefroren wurden. Der größte Teil dieses Geldes, etwa 180 bis 185 Milliarden Euro, wird bei Euroclear in Belgien gehalten. Im Laufe des Jahres 2025 gab es insbesondere von Seiten des deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz starke Bestrebungen, diese eingefrorenen Vermögenswerte zur Finanzierung der Ukraine entweder direkt oder als Sicherheit für einen großen EU-Kredit zu verwenden. Diese Bemühungen scheiterten letztendlich, wie Sie bereits erklärt haben. Stattdessen einigte sich die Europäische Union im Dezember 2025 darauf, rund 90 Milliarden Euro durch Kredite aufzunehmen, die durch den EU-Haushalt abgesichert sind, um die Ukraine in den kommenden Jahren zu unterstützen. Nach der derzeitigen Vereinbarung müsste die Ukraine dieses Geld nur zurückzahlen, wenn Russland letztendlich Kriegsreparationen zahlt. Gleichzeitig verstärkt die EU weiterhin den wirtschaftlichen Druck auf Moskau. So verabschiedete die EU beispielsweise im Oktober letzten Jahres ihr 19. Sanktionspaket gegen Russland, das darauf abzielt, die Durchsetzung zu verschärfen, Schlupflöcher zu schließen, die Beschränkungen für Energiefinanzierungen und Dual-Use-Technologien auszuweiten und auch Schifffahrts- und Logistiknetzwerke ins Visier zu nehmen, die zur Umgehung der Sanktionen genutzt werden.

Insgesamt militarisiert sich auch Deutschland. Es hat einen Rekordbetrag von 13 Milliarden Euro in seinen Bundeshaushalt 2026 aufgenommen. Viele Standorte, die für soziale Zwecke vorgesehen waren, wurden vom deutschen Militär zurückgenommen, um dort Militärstützpunkte und Kasernen zu errichten. Es gibt große Bemühungen, junge Menschen für das Militär zu gewinnen. Angesichts dieser allgemeinen Militarisierung und Ihrer Aussagen zu dieser Verrücktheit gegenüber Russland stellt sich die Frage: Glauben Sie, dass es angesichts der Geschichte, die wir gesehen haben, wenn Regierungen in das Militär investieren, noch möglich ist, dass die europäische Wirtschaft, insbesondere die deutsche, durch all diese Militarisierung und Militärausgaben wiederbelebt werden kann? Und insbesondere angesichts der Tatsache, dass die deutsche Regierung massiv in die Infrastruktur investiert und dies mit Militärausgaben begleitet, gibt es eine Möglichkeit, oder glauben Sie, dass Deutschland angesichts des Niedergangs der sozialen Infrastruktur bei gleichzeitigem Aufstieg des Militärs auf einen bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruch zusteuert?

RW: Nun, ich fürchte, meine Antwort wird Sie nicht zufriedenstellen, aber die Antwort lautet, dass beides geschieht. Und ich kann Ihnen nicht sagen, und ich glaube, niemand sonst kann das, welches Szenario sich durchsetzen wird, welches dieser Szenarien sich Ihrer Meinung nach abspielen wird. Aber lassen Sie mich etwas hinzufügen, das vielleicht besonders für ein deutsches Publikum interessant ist. Ich glaube nicht, dass irgendetwas, was die Deutschen tun können, von Deutschland allein getan werden kann. Die einzige Hoffnung besteht darin, dass sie ganz Europa mobilisieren können. Und ich glaube nicht, dass sie das schaffen können, und alles, was im letzten Jahr passiert ist, bestärkt mich in meiner Meinung, dass sie sich nicht gegen die Belgier durchsetzen konnten, um die Beschlagnahmung der

russischen Vermögenswerte durchzusetzen. Sie können offensichtlich Herrn Orban in Ungarn nicht kontrollieren. Sie haben im Grunde genommen die Unterstützung der tschechischen Regierung verloren, und so weiter und so fort.

Die Spaltungen in Europa, die Teil dessen sind, was Europa erfolgreich aus dem Heiligen Römischen Reich hervorgehen ließ, das einst ganz Europa umfasste, dieser kapitalistische Nationalismus, dieser wettbewerbsorientierte Kolonialismus der Franzosen, Spanier, Portugiesen, Briten, Niederländer, Deutschen, ist es, der mit all seinen Schrecken die moderne Welt ins Leben gerufen hat. All das ist jetzt eine Belastung. Diese Spaltung, diese kleinen Nationalitäten, die Tatsache, dass man mit dem Zug in zwei Stunden von Italien nach Holland, nach Polen oder nach Portugal fahren kann und sich in einem völlig anderen kulturellen Sprachuniversum befindet, das ist ein Problem, das sie überwinden müssen. Sie sind dazu nicht in der Lage. Sie sollten es aber sein. Sie haben eine größere Bevölkerung als die Vereinigten Staaten. Über 400 Millionen Europäer, über 300 Millionen Amerikaner. Und doch, schauen Sie sich den Unterschied in Bezug auf Technologie, in Bezug auf das BIP, in Bezug auf alles an. Man muss sich diesen Realitäten stellen, sonst fantasiert man nur.

Aber jetzt gibt es auch eine dunklere Seite. Vielleicht haben Herr Merz und seine amerikanischen Kollegen bei BlackRock, wo er herkommt, eine andere Idee. Ja, lassen wir die Deutschen aufrüsten. Lassen wir sie das mit Abstand größte Aufrüstungsprogramm in ganz Europa durchführen. Und dann lassen wir sie sich den Amerikanern als deren Vertreter in und für Europa präsentieren. Was bedeutet das? Es bedeutet, dass Deutschland Großbritannien aus dieser Rolle verdrängt. Keine britische Verbundenheit mehr. Jetzt werden es die Deutschen mit ihrer mobilisierten Streitmacht sein, die was tun können? Gegen die Russen kämpfen? Das ist nicht die Agenda der Amerikaner. Aber sie müssen verhindern, dass eine verbitterte, wütende europäische Arbeiterklasse die Veränderungen durchführt, zu denen sie getrieben wird. Das muss kontrolliert werden.

Und das wird in vielen europäischen Ländern mit ihren geringen militärischen Mitteln wahrscheinlich nicht zu kontrollieren sein. Europa hat sein Militär 75 Jahre lang vernachlässigt und unter dem Schuttschirm der USA gelebt. Nun, wie Marx und Hegel uns erinnern würden, funktioniert das, was manchmal funktioniert, nicht immer. Und man sollte sich besser ändern, sonst wird man durch das Beharren zerstört – der alte Witz „Jeder Krieg wird mit den Waffen des letzten Krieges geführt“, das ist die Maginot-Linie. Erinnern Sie sich an Frankreich? Das funktioniert nicht. Und ich vermute, dass die Deutschen angesichts der aktuellen Entwicklung darüber nachdenken werden, was sie tun sollen, und dass die Amerikaner dabei eine Rolle spielen könnten. Lassen wir sie das tun. Mal sehen, ob das funktioniert. Mal sehen, wie es ausgeht.

In der Zwischenzeit konzentrieren sich die Vereinigten Staaten, wie aus dem Dokument der US-Regierung vom 4. Dezember hervorgeht, auf China und Russland, die BRICS-Staaten und die gesamte Umgestaltung der Weltwirtschaft. Auch wenn die Amerikaner es nicht zugeben, kein Wort, wissen sie doch, dass ihr Imperium dem Niedergang geweiht ist. Sie wissen es. Jetzt wissen sie es, vor zwei, drei Jahren wussten sie es noch nicht. Jetzt wissen sie es. Jeder Tag bringt neue Statistiken. Deshalb habe ich BYD gegenüber Tesla angesprochen.

Wir bekommen jeden Tag solche Nachrichten. Angesichts der militärischen Stärke, die Russland gezeigt hat und die weit über das hinausgeht, was sie den Russen zugetraut hätten, angesichts des sehr bedeutenden Anstiegs der Militärausgaben in China und angesichts der Tatsache, dass Russland aufgrund dieses Krieges seine militärischen Verpflichtungen erhöht hat, beginnen sie nun zu verstehen, dass sie es mit einer ernsthaften militärischen Bedrohung auf nuklearer Ebene zu tun haben. Das ist keine Option. Das ist einfach keine Option.

Was ist dann die Alternative? Die einzige Antwort ist, eine Lösung zu finden. Und mit wem? Mit Russland und China. Und dann den Europäern mitzuteilen, welche Rolle sie in dieser Vereinbarung spielen werden, wenn überhaupt. Und ich kann Ihnen versichern, dass es eine untergeordnete Rolle sein wird. Wegen der Inder und Chinesen, das ist die Geschichte des Kolonialismus, die zurückkommt, um sich zu rächen. Nicht wahr? Das Jahrhundert der Demütigung, von dem Xi Jinping spricht, das haben sie immer im Hinterkopf. Aber ihr werdet auch Probleme bekommen, weil die Vereinigten Staaten euch seit 75 Jahren nicht ernst nehmen. Ihr seid ein Juniorpartner, der tut, was ihm von den Amerikanern gesagt wird. Niemand wird sich um Europa kümmern. Und das ist auf lange Sicht sehr gefährlich.

Und noch eine letzte Sache: Wenn die Deutschen – oder auch die Franzosen oder die Briten oder die Italiener oder irgendjemand sonst – über das Ziel hinausschießen und, um mit einer schwindenden Position in der Weltwirtschaft fertig zu werden, den Sozialstaat wirklich zerstören, wenn es keine kostenlose medizinische Versorgung mehr gibt und keine kostenlose Universität mehr und all das andere auch nicht mehr, wird es eine sehr heftige Reaktion der Gewerkschaften, der Sozialisten, der gesamten Linken geben. Und dazu gehören auch große Teile der Arbeiterklasse, die sich damit auseinandersetzen müssen, was es bedeutet, wenn ihnen diese Dinge genommen werden. Und ein Großteil der Schuldzuweisungen an Einwanderer ist eine verschleierte Form des Wunsches, an diesen Dingen festzuhalten. Wenn eine Linke entsteht, die das aufzeigt, wird man die Notwendigkeit von Repressionen erkennen, denn sonst müsste man wirklich alles ändern, was man tut, und hoffentlich gibt es dafür politische Unterstützung. Aber aus Sicht der herrschenden Klasse ist vielleicht ein bisschen Aufrüstung in Deutschland, vielleicht sogar an ein oder zwei anderen Orten, gar nicht so schlecht. Man wird mit ihnen einen Deal aushandeln, um den Rest Europas zu kontrollieren, und die EU wird zu einer ganz anderen Einheit werden als zuvor. Nicht mehr die Vision nach dem Zweiten Weltkrieg von einem Kontinent der Gleichberechtigten, sondern etwas, das eher an die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg erinnert, ich belasse es dabei, an ein Bild von Deutschland mit einem Dritten Reich und allem, was das bedeuten könnte.

ZR: Lassen Sie uns dieses Interview mit einem positiven Bild beenden, wenn das angesichts dessen, worüber wir gesprochen haben, überhaupt möglich ist. Es scheint, dass Europa ein eher düsteres Bild bietet, mit steigenden Preisen, wachsender Unsicherheit, und die Menschen könnten den Eindruck gewinnen, dass Kräfte am Werk sind, die außerhalb der Kontrolle der einfachen Menschen, der einfachen Arbeiterklasse, liegen. Glauben Sie also, dass normale Arbeiter noch Einfluss haben, um den Kurs Europas zu ändern? Gibt es aus der Geschichte heraus praktische, politische, wirtschaftliche oder kollektive Wege, die den Druck auf die Lebenshaltungskosten verringern und das Gefühl der Handlungsfähigkeit

wiederherstellen könnten?

RW: Auf jeden Fall. Und ich sage das nicht nur, weil ich Ihnen zustimme, dass es wichtig ist, mit einer positiven Note zu enden. Ich hoffe, dass meine optimistische Einstellung in meinen Ausführungen zum Ausdruck gekommen ist. Was ich gesagt habe, ist kein Argument dafür, depressiv und traurig zu sein. Und ich werde Ihnen sagen, warum. Heute Morgen oder gestern Morgen wurde Zohran Mamdani als Bürgermeister von New York City inauguriert. Mamdani ist, glaube ich, der jüngste Bürgermeister, den wir je hatten. Er ist Muslim und bezeichnet sich selbst als demokratischen Sozialisten. Er wurde sowohl gegen den Widerstand der Republikaner als auch der Demokraten gewählt. Ja, er ist Mitglied der Demokratischen Partei und trat auch für diese an, aber er wurde von den meisten Führungskräften der Demokratischen Partei abgelehnt. Er war also eindeutig eine neue und andere Stimme und stand ganz klar am äußersten linken Rand dessen, was hier in den Vereinigten Staaten politisch möglich ist.

Wie erklärt man also nicht nur, dass er gewonnen hat, sondern auch, dass er einen Vertreter der herrschenden Elite besiegt hat? Cuomo ist sein Name. Er war Gouverneur des Staates New York und ein Freund der Clintons und so weiter. Er hat Cuomo nicht nur besiegt, sondern ihn mit großem Vorsprung geschlagen. Er ist also ein äußerst erfolgreicher junger Politiker. Ich lebe in New York City und habe für ihn gestimmt. Ich habe den Wahlkampf sehr genau verfolgt. Und ich habe mich ausführlich mit den Menschen unterhalten, die in diesem Teil von Manhattan leben, wo ich wohne und arbeite. Nur sehr wenige Menschen haben für ihn gestimmt, weil er Muslim ist. Ja, wir haben eine muslimische Gemeinde, und die hat für ihn gestimmt, aber das sind nicht sehr viele Stimmen. Nur ein sehr geringer Teil seiner Stimmen. Ebenso haben nicht viele Menschen für ihn gestimmt, weil er Sozialist ist. Einige schon, aber nicht viele. Die überwiegende Mehrheit der Menschen, die für ihn gestimmt haben, haben nicht für ihn gestimmt – sie haben gegen das gestimmt, was es mittlerweile bedeutet, im kapitalistischen Amerika zu leben und zu arbeiten. Übrigens ist dieser Ausdruck, „kapitalistisches Amerika“, mittlerweile hier in den Vereinigten Staaten akzeptabel und gebräuchlich. Vor vier oder fünf Jahren war das noch nicht so. Erst seit einigen Jahren können Menschen, die so reden, darunter auch ich, ein großes Publikum erreichen und vermitteln, dass es sich um ein systemisches Problem handelt.

Und deshalb bin ich optimistisch, denn hätte diese Stimme auch an einen jungen, dramatischen, redegewandten Rechten gehen können? Wahrscheinlich. Wahrscheinlich. Ich hoffe nicht, aber ich bin mir nicht sicher. In diesem Fall kam der Mut, sich zu exponieren, von diesem jungen muslimischen Sozialisten. Und wir alle sind begeistert davon. Aber man sieht es auch anderswo, wo es heute in den Vereinigten Staaten keine öffentliche Aufmerksamkeit bekommt, in drei großen Städten: Detroit, Michigan, der Heimat der Autoindustrie, Syracuse, New York, einer der größten Städte hier, und Albany, der Hauptstadt des Bundesstaates New York – sie alle haben schwarze Bürgermeisterinnen vereidigt. Okay, sie sind keine Sozialisten, zumindest nicht, dass ich wüsste. Aber es bedeutet wiederum, dass die Menschen in diesen Städten und Gemeinden wütend sind über das, was hier als „Bezahlbarkeit“ bezeichnet wird, die Tatsache, dass man nicht genug Geld hat, um sich die

Preise leisten zu können. Die Menschen beginnen zu verstehen, dass dieselbe soziale Klasse, die darüber entscheidet, wie viel Lohn oder Gehalt man bekommt, auch darüber entscheidet, wie hoch die Preise für die Waren und Dienstleistungen sind, die man kauft. Und daher ist das die Klasse, die bestimmt, was erschwinglich ist, und dass man es hier mit einem Klassenproblem zu tun hat. Diese Erkenntnis hat Mamdani hervorgebracht. Und nun die Pointe. Überall in Amerika gibt es Mamdanis, die aus dem gleichen Grund darüber nachdenken, für das Amt des Bürgermeisters zu kandidieren, die nach der gleichen Situation suchen, um ins Amt zu kommen oder zumindest eine sehr glaubwürdige Veränderung zu bewirken, und ich denke, das werden Sie in den kommenden Monaten und Jahren hier in diesem Land sehen. Und da wir es mit sehr ähnlichen Situationen zu tun haben wie Sie, halte ich es für sinnvoll, diese Gespräche zu führen, weil wir aus den Situationen des anderen lernen können.

ZR: Richard Wolff, Professor für Wirtschaftswissenschaften, Bestsellerautor und Gründer von Democracy At Work, vielen Dank für Ihre Zeit und Ihre Einblicke heute.

RW: Und Zain, danke, dass Sie sich gemeldet und diese Gespräche arrangiert haben. Für mich ist es eine Möglichkeit, wieder mit meinen deutschen Wurzeln in Kontakt zu treten, wenn ich das so sagen darf, und ich bin dankbar für diese Gelegenheit.

ZR: Vielen Dank, dass Sie heute dabei waren. Wenn Ihnen diese Sendung gefallen hat und Sie mehr sehen möchten, klicken Sie bitte unten auf den Abonnieren-Button. Und vergessen Sie bitte nicht, an unserer Crowdfunding-Kampagne teilzunehmen. Es sind nur noch 10 Tage übrig, und Ihre Unterstützung entscheidet darüber, ob wir unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus fortsetzen können. Journalismus, der Informationen liefert, die Sie in den Konzernmedien nicht finden. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und fürs Zuhören. Ich bin Ihr Moderator Zain Raza. Bis zum nächsten Mal.

ENDE